

Landkreis Kassel

Jugendhilfeausschuss

Wilhelmshöher Allee 19 – 21, 34117 Kassel

Tel.: 0561-1003-0

Kassel, 17.10.2018



Niederschrift

der 8. öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses
(Wahlzeit 2016 - 2021)

am Mittwoch, 05.09.2018
von 15:00 Uhr bis 17:00 Uhr

Ort: 34117 Kassel, Wilhelmshöher Alle 19 - 21, Kreishaus, Kleiner Sitzungssaal

Tagesordnung:

TOP 1 Begrüßung

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift der 7. Sitzung vom 24.05.2018

TOP 3 Mitteilungen aus dem Fachbereich Jugend

TOP 4 Berichte aus und Aufträge an die Fachausschüsse

TOP 5 Situation junger Geflüchteter im Landkreis Kassel

TOP 6 Themenspeicher

TOP 7 Verschiedenes

Abhandlung der Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Begrüßung

Herr Bechtel eröffnet die Sitzung des Jugendhilfeausschusses um 15.00 Uhr.

Bei der heutigen Sitzung seien keine Mitglieder aus dem Kreisschülerrat anwesend. Frau Lemmer und Frau Weise sind aus dem Kreisschülerrat ausgeschieden. Herr Tom Weber und Herr Lukas Hach werden als neue Mitglieder benannt.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift der 7. Sitzung vom 24.05.2018

Die Niederschrift vom 24.05.2018 wird einstimmig angenommen.

TOP 3 Mitteilungen aus dem Fachbereich Jugend

Frau Scherer berichtet aus dem Fachbereich Jugend zu folgenden Inhalten:

- Informationen aus anderen Gremien
Aus dem Ausschuss für Soziales, Bildung und Kultur: Nachfrage der Fraktion Grüne zum Erlass zur Umsetzung der unterrichtsbegleitenden Unterstützung durch sozialpädagogische Fachkräfte (UBUS)
- Erfolgreiche Beteiligung des Fachbereichs Jugend am Familientag des Landkreises Kassel
- Frau Schäffer (Fachdienstleitung Sozialarbeit in Schulen) scheidet auf eigenen Wunsch als Fachdienstleitung aus. Die Einarbeitung eines Nachfolgers findet bereits statt.
- Der UBUS-Erlass für die Sekundarstufe 1 liegt vor. Der Erlass formuliert einen Rahmungsantrag an die Staatlichen Schulämter. Die Rahmung wird aus einer Projektstruktur (in Kooperation mit der Schulsozialarbeit der Stadt und des Landkreises Kassel) heraus entwickelt werden. Ein Erstgespräch sei bereits am 13.08.2018 erfolgt. Die Zusammensetzung der Projektgruppe werde zum Folgetermin am 18.09.2018 beschlossen werden.
- Hinsichtlich der neuen Datenschutzgrundverordnung habe am 20.08.2018 ein Fachtag der Jugendamtsleitungen der Städte und Landkreise stattgefunden. Hier seien Inhalte und Arbeitserfordernisse der DSGVO besprochen worden. Diesen werde sich der Fachbereich Jugend nun annehmen. Im Wesentlichen sei die behördenseitige Aufklärungspflicht gegenüber den Klienten thematisiert worden.
- Vor dem Hintergrund der Leo-Studie zum funktionalen Analphabetismus (die von durchschnittlich 14% funktionalen Analphabeten in der Gesamtbevölkerung ausgeht) sei eine Kooperationsvereinbarung zwischen der Volkshochschule des Landkreises Kassel und dem Grundbildungszentrum getroffen worden. Zeitnah werden

- mehrere Fortbildungen für die MitarbeiterInnen des Fachbereichs Jugend erfolgen, die die Sensibilisierung im Umgang mit funktionalem Analphabetismus zum Gegenstand haben werden.
- In der Gemeinsamen Fachstelle Pflegekinder und Adoptionen sei zum 01.07.2018 die Stelle der Fachdienstleitung neu besetzt worden.
 - Die Überprüfung des Fachbereichs Jugend durch den Landesrechnungshof habe eine sehr positive Rückmeldung für den Fachdienst Wirtschaftliche Jugendhilfe ergeben. Für den Fachdienst Beistandschaften, Pflegerschaften, Vormundschaften im Bereich des Unterhaltsvorschusses, sei die Empfehlung abgegeben worden im Rahmen von Neufällen eine genauere Überprüfung der Auszahlungen vorzunehmen
 - Am 17.08.2018 habe erstmals die Arbeitsgruppe Unterhaltsvorschuss gemeinsam mit dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration getagt. Ziel sei die Erarbeitung von Empfehlungen zur Optimierung der Einnahmesituation hessenweit.
 - Die Kooperation zwischen der Kinder- und Jugendpsychiatrie Kassel und dem Fachbereich Jugend konnte aufgegriffen werden. Nun befinde man sich wieder in regelhaften Gesprächen
 - Am 08.08.2018 habe ein Fachtag zum Thema Kinderarmut stattgefunden. Im Wesentlichen habe es sich um eine Informationsveranstaltung gehandelt. Der Fokus habe darauf gelegen Armut zu definieren, Folgen von Armut zu erkennen und Überlegungen dahingehend anzustellen, wie Armut wirksam entgegengewirkt werden könne
 - Das Erfolgsmodell des Jobcenters „Gatekeeper – U25“ solle weiter ausgebaut werden. Gespräche hierzu werden am 10.09.2018 stattfinden.
 - o Herr Gück (Jobcenter Landkreis Kassel) informierte über „Gatekeeper“: *Die aufsuchende Sozialarbeit mit Lotsenfunktion sei über § 16h SGB II (Förderung schwer zu erreichender junger Menschen) gemeinsam durch das Jobcenter und den Landkreis Kassel finanziert und werde durch zwei neu eingestellte Mitarbeiter der Jugendberufshilfe (AGiL) durchgeführt. Das Modell befinde sich seit 2017 im 2. Förderjahr und habe inzwischen rund 140 junge Leute mit schwierigen Lebensumständen angesprochen. Die Gatekeeper treffen auf multiple Problemlagen, wie familiäre Brüche, Suchtprobleme, Geldnot und zunehmend Wohnungsnot. Ziel sei es, die jungen Leute (wieder) beim Jobcenter anzudocken und dort in eine Förderung zur Ausbildung oder Arbeit zu bringen. In einem nächsten Schritt sei ein weiteres, rechtskreisübergreifendes Projekt mit werktäglicher Präsenz für benachteiligte Jugendliche, bzw. junge Erwachsene geplant, welches als niederschwellige Vorstufe der Berufsvorbereitung ganzheitlich ansetzen solle. Verknüpft werden sollen dabei sozialintegrative Anteile mit berufspraktischen Angeboten der Erprobung („Werkstattcharakter“) bei Übernahme der Lotsenfunktion im Sinne von Case-Management. Hier können dann Jugendliche aus den Rechtskreisen SGB II, SGB III und SGB VIII teilnehmen.*
 - Kurzinformation zur Haushaltsplanung. In der kommenden Sitzung werde Frau Scherer umfangreicher zum Thema Haushaltsplanung berichten.

TOP 4 Berichte aus und Aufträge an die Fachausschüsse

Der Fachausschuss Kinderbetreuung werde am 25.09.2018 tagen. Neben der Beschäftigung mit den Bedarfsplanungen der einzelnen Kommunen werde es schwerpunktmäßig um die Evaluation von im Jugendhilfeausschuss beschlossenen Empfehlungen für Tageseinrichtungen und Kindertagespflege gehen.

Der Fachausschuss Jugendförderung habe sich in seiner letzten Sitzung damit beschäftigt, welche Neuerungen mit dem Wechsel der Fachdienstleitung erfolgen könnten. Im Rahmen der Flüchtlingsarbeit habe ein Treffen mit Akteuren, die bereits mit jungen Geflüchteten arbeiten, stattgefunden. Neben Bijan Otmischi und einem Vertreter der Polizei seien keine Vertreter anderer Institutionen der Einladung des Fachausschusses gefolgt. Dennoch sei das Treffen im Hinblick auf die unterschiedlichen Perspektiven interessant und hilfreich gewesen. Der Austausch zwischen Institutionen solle ausgeweitet und aufrechterhalten werden. Hieraus könne man ggf. auch Angebote für das Programm des Jugendbildungswerk 2019 erarbeiten. Frau Zavelberg-Simon und Herr Wienefeld bieten in diesem Kontext eine Zusammenarbeit an.

Die Fachausschüsse Erziehungshilfe und Jugendhilfeplanung haben sich hauptsächlich mit dem unter TOP 5 genannten Themenfeld auseinandergesetzt. Zudem habe man sich mit der Vergütungssituation der sozialpädagogischen Familienhilfe beschäftigt. Ein Thema für kommende Sitzungen des Fachausschusses sei die Hilfe für Volljährige bzw. die Hilfe für junge Erwachsene. Herr Wierzenko-Jöst macht darauf aufmerksam, dass der Allgemeine Soziale Dienst des Landkreises Kassel nun auch eine Rufbereitschaft unter der Woche eingerichtet habe.

TOP 5 Situation junger Geflüchteter im Landkreis Kassel

Die Situation junger Geflüchteter im Landkreis Kassel wurde fachausschussübergreifend, sowohl vom Fachausschuss Erziehungshilfe als auch vom Fachausschuss Jugendhilfeplanung beraten. Die Bedarfe im Erstkontakt mit den Jugendlichen gestalten sich sehr unterschiedlich. Um Bedarfe eher einschätzen zu können erfolgte eine Clusterbildung in zum einen Unbegleitete minderjährige Ausländer, Begleitete minderjährige Ausländer und junge Erwachsene ohne Familie und zum anderen in Bedarfe im Hinblick auf Beratung, Therapie, Verständigung, Schulische und Berufliche Bildung, Wohnen und Mobilität

Herr Wienefeld informiert zu den Bedarfen der Unbegleiteten minderjährigen Ausländer: Im Vergleich zu den anderen beiden Bedarfsgruppen seien diese an die Jugendhilfe angebunden. Die Jugendlichen erreichen Deutschland nach durchschnittlich zweijähriger Flucht im Alter von etwa 16 Jahren. Bei den Hauptherkunftsländern handle es sich um Syrien, Äthiopien, Eritrea und Afghanistan. Es bestehe ein massiver Beratungsbedarf im Hinblick auf Regelungen und Abläufe innerhalb des Asylverfahrens, aber auch hinsichtlich der Alltagsbewältigung. Therapiebedarfe werden meist erst im Verlauf der Jugendhilfeerbringung sichtbar. In der Regel seien meist mehrere Jahre notwendig, um insoweit Vertrauen aufzubauen, dass es den Jugendlichen möglich sei, die traumatischen Erfahrungen der Flucht zu schildern. Teilweise erfolge auch eine Traumaverarbeitung ohne erkennbaren Therapiebedarf. Die Verständigung gestalte sich als problematisch. Die meisten der Jugendlichen haben keinerlei deutsche Sprachkenntnisse, aber einen immensen Gesprächsbedarf. Im Bereich der schulischen und beruflichen Bildung bestehe der starke

Wunsch der Jugendlichen nach zeitnaher Beschulung und dem Einstieg in die Arbeitswelt. Die Wohnungssuche gestalte sich nach Beendigung der stationären Jugendhilfe als problematisch, da die Jugendlichen teils massiv mit Vorurteilen konfrontiert seien. Der Bereich Mobilität sei weniger problematisch, durch Schülertickets des ÖPNV oder die sporadische Nutzung von Wohngruppenbussen versuche man, infrastrukturelle Anforderungen zu bewältigen.

Das größte Problem neben dem Finden von Wohnungen für die Verselbstständigung, sei die Realisierung von dolmetscherbegleiteten Therapieplätzen und der Mangel an Zeit; die Jugendlichen erreichen die Jugendhilfe mit durchschnittlich 16 Jahren und verlassen nach Volljährigkeit das Hilfesystem. Ein weiterer Verbleib in der Jugendhilfe über das 18. Lebensjahr hinaus, ist mit Blick auf die Vermittlung von Beständigkeit und Stabilität immens wichtig.

Herr Borowski-Becker verdeutlicht anhand eines Fallbeispiels die Bedarfslage bei Begleiteten minderjährigen Ausländern: Beratungsangebote - insbesondere in den Gemeinschaftsunterkünften - seien auszuweiten, Sensibilisierung für ggf. entstehende Rollenkonflikte innerhalb einer Familie sei hierbei nicht unwesentlich. Sowohl die sprachliche Verständigung als auch ein Verständnis für das deutsche Rechtssystem (bspw. Abläufe im Asylverfahren) gestalte sich ebenfalls als problematisch, hier bestehe hoher Bedarf, der meist erst sichtbar werde, wenn die Familie in die Jugendhilfe eingegliedert wird, aber bereits lange vorher die individuelle Problemlage verstärke. Therapeutisch seien die Familien schwer anzubinden; bestehe der Wunsch nach Therapie, seien Angebote infrastrukturell schwer zu erreichen. In den finanzierbaren Wohngebieten sei die Anbindung an den ÖPNV eher defizitär. Im Grunde seien mobile Beratung und Therapie notwendig. Die infrastrukturelle Situation wirke sich ebenfalls direkt auf die Suche nach Erwerbstätigkeit aus. Die größte Herausforderung sei innerhalb dieser Bedarfsgruppe darin zu sehen, dass die Familien wieder zu einer Alltagsstruktur zurückfinden, um sich langfristig auf dem Arbeits-, Wohnungs- und Therapiemarkt bewähren zu können. Weiterhin seien Beratung und Unterstützung bei der Bewältigung von behördlichen Angelegenheiten von hoher Relevanz

Frau Zavelberg-Simon gibt einen Überblick, über das letzte Bedarfscluster; junge Erwachsene ohne Familie: Es bestehe ein immenser Beratungsbedarf. Insbesondere mit dem Eintritt in die Volljährigkeit werden einige Probleme sichtbar, die bereits vorher bestanden haben. Die Priorität liege auf der Ausbildungsfindung und dem Erlangen eines Schulabschlusses. In bestimmten Fällen, sei das Absolvieren des Hauptschulabschlusses relevant für die Aufenthaltssicherung. Sowohl für die schulische als auch für die berufliche Bildung sei das zügige Erlernen der deutschen Sprache notwendig. Die Vorbereitung auf einen Schulabschluss sowie das Sprachtraining sei im Wohnumfeld der Gemeinschaftsunterkünfte eine enorme Herausforderung. Die Problemlage hinsichtlich der Mobilität gestalte sich ähnlich wie bei der Gruppe der Begleiteten minderjährigen Ausländer. Wenn die Jugendlichen einen Ausbildungsplatz fänden, sei dieser infrastrukturell meist nur problematisch zu erreichen. Im Hinblick auf Therapiebedarfe sei ein steigender Bedarf nach Beratung, aber insbesondere nach Hilfestellung bei der Alltagsbewältigung zu beobachten. Nicht selten führe die neu erreichte Stabilität zu einer psychischen Dekompensation, die eine therapeutische Anbindung notwendig mache.



TOP 6 Themenspeicher

Im Themenspeicher für die nächste Sitzung befinden sich:

- Haushaltsplanung 2019
- Bundesteilhabegesetz (BTHG)
- Situation junger Geflüchteter; Jugendhilfebedarfe

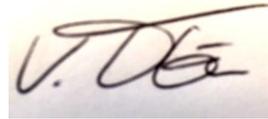
TOP 7 Verschiedenes

./.

Herr Bechtel schließt die Sitzung um 17:00 Uhr.

A handwritten signature in black ink on a light grey background. The signature appears to be 'J. Bechtel' written in a cursive style.

Bechtel
Vorsitzender

A handwritten signature in black ink on a light grey background. The signature appears to be 'V. Thüne' written in a cursive style.

Thüne
Protokollantin

Teilnehmerverzeichnis:

Teilnehmer	Fraktion	Bemerkung
------------	----------	-----------

Anwesend:**Gremienmitglieder (stimmberechtigt)**

Gerd Bechtel		
Volker Eckhardt		
Franz Joachim Fein		
Jürgen Günst		
Petra Meyer		
Helga Pflieger	SPD	
Horst Pilgram-Knobel		
Susanne Regier	B90/DIE GRÜNEN	
Anna-Maria Schölch	CDU	
Dieter Schrader		
Andreas Siebert	SPD	
Hubert Wierzenko-Jöst		Vertreter für Frau Doris Bischoff
Hildegard Zavelberg-Simon		

Teilnehmende Personen (ohne Stimmberechtigung)

Michaela Dettori		
Malte Fehling	FW	
Dr. Mechthild Grosche		Vertreterin für Frau Regine Bresler
Andreas Gück		
Anna Hesse		
Sabine Scherer		
Inga-Kristin Thom		
Edith Wilhelm		

Verwaltung

Norbert Borowski-Becker		
Daniel Klein		
Ralph Kleppe		
Manfred Schilling		
Vanessa Thüne		
Sola Tschaeschel		

Gäste

Annegret Höhmann		
Henning Wienefeld		

Abwesend:**Gremienmitglieder (stimmberechtigt)**

Doris Bischoff	SPD	
Michael Görner	SPD	
Rosa-Maria Hamacher		
Florian Kohlweg	AfD	

Teilnehmende Personen (ohne Stimmberechtigung)

Kudret Altindag	IWG	
Dr. Nathalie Bock		
Heike Giede-Jeppe	FDP	
Michael Grieneisen		
Dekan Wolfgang Heinicke		
Dr. Stephanie Knoche	DIE LINKE.	
Christian Rapp		

Verwaltung

Regine Bresler		
----------------	--	--